



Ein Volk, ein Wille?

Legitimationsprobleme der Demokratie in Sachsen

Lenz Jacobsen

„Staat“ und „Volk“: Polizeischutz für die PEGIDA-Demonstration am 25. Januar 2015 in Dresden
© Panoramio (Kalispera Dell)

Es ist schon heikel, als Nicht-Sachse über Sachsen zu schreiben. Es ist aber noch viel heikler, wenn man, wie ich, auch noch Journalist eines westdeutsch geprägten liberalen Meinungsmediums wie der „Zeit“ ist. Man ist dann gleich doppelt Außenseiter. Was sowohl die Gefahr erhöht, Dinge nicht richtig zu erkennen, als auch die Gefahr, von denjenigen, über die man sich zu schreiben anmaßt, schon im Vorhinein abgelehnt zu werden. Eine Erfahrung der vorbeugenden Konfrontation, die nicht nur Journalisten machen, sondern beispielsweise auch Bundespolitiker, die in Sachsen auftreten.

Das ist der „sächsische Zustand“, um den es hier gehen soll: Ein landsmannschaftliches „Wir“ steht gegen ein „Die“ aus Ortsfremden, aus etablierten Parteien, Politik und Medien, von dem man mindestens enttäuscht ist, sie teils gar als Bedrohung wahrnimmt.

Die Erklärungsversuche für diesen Zustand sind zahlreich. Die meisten Analysen, ob absichtlich oder unabsichtlich, tragen selbst zur weiteren Konfrontation bei, was wiederum die formatierende Kraft der Frontstellung belegt. Das gilt natürlich für polemische Forderungen nach einem „Säxit“, aber auch für jene Deutungen, die wahlweise ökonomische Prekarisierung, westdeutsche Ignoranz oder

sächsische Selbstbezogenheit für die Entfremdung verantwortlich machen. All diese (legitimen) Deutungen lassen sich jeweils für oder gegen „Sachsen“ instrumentalisieren und werden deshalb als Teil des Kampfes und nicht als seine Erklärung verstanden. Dieser Text soll versuchen, dieser Falle zu entgehen.

Die demokratische Gründungsfiktion

Was in Sachsen gerade mit aller Wucht zurückkehrt, ist die Vorstellung, dass es *ein* Volk mit *einem* einheitlichen Willen gibt, und Politik darin besteht, diesen Willen zu erkennen und umzusetzen. Das ist kein Grund zur Anklage, denn diese Einheitlichkeitsvorstellung ist nicht etwa undemokratisch. Sie war vielmehr von Anfang an das Versprechen der Demokratie.

„Wir haben nur einen Wunsch: im großen Ganzen aufzugehen“, verkündete einst die Pariser Kommune, und brachte damit den Geist der Französischen Revolution auf den Punkt. Auch der „volunté generale“ Jean-Jacques Rousseaus meint einen eindeutigen, allgemeinen Willen. „Um das Ideal von Gleichheit und Brüderlichkeit zu verwirklichen, sollen alle bisherigen Unterschiede und Besonderheiten ausgelöscht werden“, schreibt der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon über die Einstimmigkeitsvorstellungen der frühen Demokraten.¹ „Inthronisation des Individuums und Kult der sozialen Einheit gehen Hand in Hand. Nur so lässt sich die Nation als homogene Totalität verstehen, als perfektes Gegenbild zur hierarchischen Gesellschaft davor.“

Es braucht nicht allzu viel Phantasie, um diesen „Kult der sozialen Einheit“ heute auf den Straßen und Plätzen von Dresden, Plauen oder Meißen wiederzuerkennen. In den Wir-sind-das-Volk-Rufen zeigt sich der unbedingte Wille des Volkssouveräns zur inneren Homogenität, zur Identität mit sich selbst. Die regelmäßigen Demonstrationen in Plauen finden gar unter dem programmatischen Titel „Wir sind Deutschland“ statt. Es sind „Einstimmigkeitsrituale“ (Rosanvallon), die erst einen allgemeinen Volkswillen zu begründen versuchen, um dann dessen unmittelbare politische Umsetzung einfordern.

Natürlich laufen nicht alle Sachsen mit bei diesen Demonstrationen. Es teilen auch nicht alle die dort geäußerten politischen Positionen. Aber es stellt sich kaum jemand dem Anspruch der Demonstranten entgegen, im Namen des Volkes zu sprechen. Diese Auftritte können formatierend für den gesamt-

sächsischen Zustand werden, weil sie nahezu unwidersprochen bleiben. Aber kaum jemand geht in offene Opposition. Zusammenhalt ist wichtiger als ein Pluralismus, der ja immer auch darin besteht, Differenzen nicht ausräumen zu können, sondern sichtbar zu machen und auszuhalten.

Man kann das beispielsweise daran erkennen, dass selbst die Organisatoren der PEGIDA-Gegendemonstrationen den „Dialog“ mit PEGIDA wollen.² In der Folge organisierte die Landesregierung „Dialogforen“, deren Funktion es offensichtlich war, wieder einen scheinbaren Konsens herzustellen, indem sie die Wütenden einfach reden ließen und ihnen nicht öffentlich widersprochen wurde.

Zufrieden waren die Teilnehmer des Forums deshalb aber nicht. Ein Erfolg wäre es erst dann, sagte ein Teilnehmer, „wenn der Ministerpräsident am Ende aufgestanden wäre und gesagt hätte: Nach heute Abend habe ich mich entschlossen, mich dafür einzusetzen, die Asylpolitik endlich den wirklichen Gegebenheiten anzupassen“.³

Das ist der nächste Schritt: Nimmt man an, dass es einen eindeutigen, allgemeinen Willen des Volkes gibt, muss die Politik, wenn sich der Wille geäußert hat, diesen sofort und unmittelbar umsetzen. „Rein und ungetrübt“ solle sich das Interesse der Nation umsetzen, forderte einst Emmanuel Joseph Sieyès, einer der Haupttheoretiker der Französischen Revolution. Wenn hinten etwas anderes herauskommt, als das vermeintlich einige Volk vorne einspeist, ist das damals wie heute in Sachsen ein Verrat am Souverän und an der Demokratie.

Wichtig ist, dass diese Vorstellung vor 200 Jahren ihre Berechtigung hatte und auch heute noch hat. Sie ergab sich aus den zeitgeschichtlichen Umständen. Schließlich herrschte vor der Französischen Revolution tatsächlich eine kleine Elite an der Spitze einer streng hierarchischen Gesellschaft über die Masse des Volkes. Das Volk war das Subjekt, das es zu befreien galt und dessen Willen der neuen Politik Legitimität verlieh. Rosanvallon schrieb, die über einen einstimmigen Volkswillen „definierte Legitimität hat sich zunächst ganz natürlich als Bruch mit einer alten Welt durchgesetzt, in der Minderheiten die Gesetze diktieren.“

Interessanterweise galt für Ostdeutschland ähnliches. Die Ideologie der DDR pflegte die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens. Das Volk sollte nur aus „Werkstätigen“ bestehen, deren Willen die Partei als Avantgarde umsetzte. Andere Gruppen mit anderen Inte-

1 Pierre Rosanvallon: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit - Reflexivität - Nähe, Hamburg 2010, S. 8-44.

2 Lenz Jacobsen: Dresden will Pegida nicht zum Feind, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/pegida-dresden-widerstand>.

3 Lenz Jacobsen: Die Regierung lädt zum Dampf ablassen, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-forum-diskussion-landesregierung>.

- 4 Heinrich Oberreuter: Idee, Norm und Realität sozialistischer Vertretungskörperschaften. in: Werner Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.): Die Volkskammer der DDR, Wiesbaden 2002, S. 75-82.
- 5 Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag, Stuttgart 1986, S. 171.
- 6 Zur Übersicht über verschiedene Konzepte demokratischer Legitimation vgl. Anna Meine: Legitimität und Legalität, in: Gisela Riescher (Hrsg.): Spannungsfelder der politischen Theorie, Bonn 2013, S. 123-136.
- 7 Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 117.

ressen galten als Gegner, die es auszuschließen und zu überwinden galt. Das Ziel war Homogenität.⁴

Auch die Überwindung der DDR 1989 scheint diese Vorstellung bestätigt und gestärkt zu haben. „Wir sind das Volk“ konnte eine emanzipatorische Wucht haben, weil sich mit diesem Spruch eine beherrschte Mehrheit gegen jene herrschende Minderheit erhob, als die sich die vermeintliche Avantgarde längst entpuppt hatte. Der Fall der Mauer war, zumindest in der nachträglichen Inszenierung, ein Akt kollektiven Willens – ganz anders, aber doch ähnlich wie 200 Jahre zuvor in Frankreich.

Der Rückblick in die Geschichte zeigt, wie die Vorstellung vom allgemeinen, einstimmigen Volkswillen die frühdemokratische Praxis prägte. Wahlen waren Sakramente der Einheit. Sowohl in den Townships der amerikanischen Ostküste als auch im nachrevolutionären Frankreich galten Meinungsverschiedenheiten als Störung des eigentlichen, einstimmigen demokratischen Gleichgewichts. In manchen Orten an der amerikanischen Ostküste führte dieses Homogenitätsbestreben zur Abschottung: Dörfer verzichteten lieber auf Wachstum, als neue Menschen in die Stadt zu lassen, die anderen Kirchen angehörten. Ein Verhalten, das sich ausgesprochen oder unausgesprochen auch in Sachsen viele wünschen. Lieber rein deutsch schrumpfen, als Muslime aufzunehmen.

Noch weit ins 19. Jahrhundert hinein erreichten Abgeordnete bei Wahlen Ergebnisse weit über 90 Prozent der Stimmen. Obwohl formal Entscheidungen im Mehrheitsverfahren und nicht einstimmig getroffen wurden, gab es nicht einmal eine arithmetische Vorstellung von „Mehrheit“ in der Politik. Der Begriff kam in den einschlägigen politischen Wörterbüchern gar nicht vor. Stattdessen wurde implizit so getan, als seien Mehrheitsentscheidungen und allgemeiner, einstimmiger Volkswillen identisch. Der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon nennt diese Gleichsetzung die „Gründungsfiction“ der Demokratie.

Die Gründungsfiction war deshalb so wichtig und ist es bis heute, weil sie dabei hilft, den zentralen, inneren Widerspruch der Demokratie zu überbrücken: den zwischen individueller Freiheit und Herrschaft.

Einerseits soll jeder Mensch über sich selbst bestimmen können, er darf also nicht beherrscht werden. Denn wie, fragte Jean-Jacques Rousseau, „kann ein Mensch frei und dennoch gezwungen sein, sich dem Willen

anderer, der nicht sein Wille ist, unterzuordnen?“⁵ Andererseits aber brauchen auch Demokratien Regierungsgewalt, müssen also herrschen. Die einzig wirklich demokratische Herrschaft ist deshalb eine „Regierung durch das Volk für das Volk“, wie Abraham Lincoln formulierte.

Soweit die Theorie. In der Praxis beginnen die Probleme. Vor allem damit, dass Demokratien Politik durch Mehrheitsentscheidungen betreiben. Diejenigen setzen ihren Willen durch, die in der Mehrheit sind. Alle anderen bekommen ihren Willen nicht. Sie wären dann eigentlich, gemessen an Rousseaus Anspruch, unfrei – nicht souverän, sondern beherrscht.

Demokratien können in ihren zentralen Verfahren nur den Willen der Mehrheit abbilden, müssen aber für alle zustimmungsfähig sein. Das ist die ewige Herausforderung. Sie wird in Sachsen schlechter bewältigt als an anderen Orten oder zu anderen Zeiten.

Spezifische sächsische Bedingungen sorgen dafür, dass hier stärker als anderswo auffällt, dass viele der Legitimationsquellen moderner Demokratie kaum noch ergiebig sind, so dass sich die ursprüngliche, essentialistische Politikvorstellung wieder Bann bricht. Im Folgenden soll es deshalb darum gehen, sowohl diese sächsischen Bedingungen als auch das generelle Schwächeln der demokratischen Legitimationsquellen darzustellen.

Gemeinsamkeitsglauben

Legitimation kann durch einen „Rückbezug auf unbedingt geltendes“ (Peter Graf von Kielmansegg) entstehen. Darunter lassen sich geschichtliche, sprachliche und sonstige kulturelle Gemeinsamkeiten verstehen, die allen Bürgern das Gefühl geben, zusammenzugehören. Dieser „Gemeinsamkeitsglaube“ (Max Weber) macht es für Einzelne erträglicher, wenn Politik im Einzelfall nicht in ihrem konkreten Interesse handelt. Denn der Einzelne vertraut darauf, dass auch diejenigen mit anderen Interessen im Großen und Ganzen doch den gleichen Gemeinsamkeiten verpflichtet sind.⁶

Jürgen Habermas sprach vom „vorbürgerlichen und bürgerlichen Traditionsbestand“ als Ressource eines sinnvollen Lebens.⁷ Ihm ging es dabei nicht etwa um die Traditionen selbst, sondern um ihre gesellschaftliche Funktion. Menschen brauchen einen Rückzugsraum aus religiösen oder weltlichen Selbstverständlichkeiten. Wenn diese Traditionen erodieren und in die politische Sphäre

rutschen, also verhandelbar werden, erwarten die Bürger von der Politik einen gleichwertigen Ersatz. Aber „es gibt keine administrative Erzeugung von Sinn“, wie Habermas schreibt. Der Staat kann nicht liefern, was seine Bürger brauchen, und verliert deshalb an Legitimität.

Diese Traditionsbestände sind in Sachsen besonders wichtig. Dazu gehört der ausgeprägte Heimatstolz. Er spannt sich von August dem Starken, dem sächsischen Sonnenkönig, bis hin zu Kurt Biedenkopf, dem sächsischen Landesvater ab 1990. Die sächsische Identität diente über Jahrhunderte immer wieder als Fluchtpunkt aus einer Gegenwart, die oft von Fremdherrschaft und politischer Entmachtung bestimmt war. Das schöne, friedliche, stolze Sachsen mit seiner Feierkultur und dem barocken Prunk, das Sachsen der Bergbaumythen und des Bürgerstolzes: es ermöglichte den Bewohnern eine stabilisierende, vereinende Identität.

Teil dieser Identität ist eine kollektive Gedenkpraxis, die auf „Erinnerungslust statt Erinnerungslast“ setzt und alles Lästige in andere, nicht-sächsische Identitätsschichten verschiebt. Dazu gehören bis heute lebendige sächsische Mythen.⁸ Dazu gehört auch eine „landsmannschaftliche Verbundenheit, die der Sachse sich gönnt“, wie Hans Vorländer sagt. Und dazu gehört auch die Pflege einer Privatheit, die durch Familie und Tradition geprägt war und sich eben nicht als politisch verstand. Uwe Tellkamp's Dresdner Turmbewohner haben individuelle Freiheit gerade in der Freiheit von der Politik verstanden.

Man kann manche Aspekte des aktuellen sächsischen Zustands als Reaktion auf diese von Habermas beschriebene Erosion von Traditionsbeständen deuten. In der Sorge um das klassische Familienmodell beispielsweise käme dann weniger eine Furcht vor einer baldigen Dominanz homosexueller oder sonst wie „alternativer“ Familien- und Lebensmodelle zum Ausdruck. Sondern die Verstörung darüber, dass diese Dinge überhaupt verhandelbar geworden sind. Dass sie Teil der Prozesse politischer Öffentlichkeit geworden sind. Politik ist, kurz gesagt, die „einzige Quelle von Normierungen“ und alles ist „politisch entscheidbar geworden“, wie Danny Michelsen und Franz Walter unter Berufung auf Michael Th. Greven lapidar feststellen.⁹ Greven's „fundamentalpolitisierte“ Gesellschaft lässt sich auch als Schreckensszenario verstehen. Jacob Talmon hatte vor einer „totalitären Demokratie“ gewarnt, „die den Geltungsbereich der Politik so erweitert, dass er

die Gesamtheit der menschlichen Existenz umfasst“¹⁰. Vielleicht erklärt das den Selbstverteidigungstonfall, in dem viele, nicht nur, aber besonders in Sachsen, den Bestand ihrer Selbstverständlichkeiten gegen Entgrenzungen durch Politik und Markt verteidigen.

Mitreden

Wenn aber alles verhandelbar wird, dann muss sich Legitimation aus diesen Verhandlungen selbst ergeben: Legitimation durch Verfahren. „Eine Herrschaftsordnung ist nicht legitim, sie wird es ständig“, schrieb von Kielmansegg¹¹.

Benjamin Rush, einer der Gründerväter der USA, hatte einst noch formuliert, dass „zwar alle Macht vom Volke stammt, das aber diese Macht nur am Wahltag besitzt, wonach sie das Eigentum der Regierenden wird“. Das ist heute längst unhaltbar. Zum einen, weil das Verständnis von Politik und Demokratie sich längst so ausgeweitet hat, dass damit eine individuelle und soziale Praxis gemeint ist, eine Art zu leben¹², die dann keinesfalls auf einen Tag alle vier Jahre begrenzt sein darf. Zum anderen, weil die praktischen Beschränkungen, die einst die Arbeitsteilung zwischen Volk und Repräsentanten nötig machten (vor allem die schwerer zu überbrückende räumliche Distanz), heute größtenteils weggefallen sind. Theoretisch ist es nun tatsächlich möglich, dass alle immer mitreden.

Der Prozess des Mitredens selbst muss jetzt die Legitimation schaffen. Die Diskurse in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit verbinden die Einzelnen (die Peripherie) mit den Institutionen der politischen Herrschaft (dem Zentrum). Weil sie am Prozess der Entscheidungsfindung selbst beteiligt sind und diesen als transparent und nachvollziehbar miterleben können, erleben sich die Bürger als souverän und verleihen den demokratischen Entscheidungen auch dann Legitimation, wenn sie diesen im Einzelfall widersprechen. Habermas hat dieses Konzept unter dem Begriff *deliberative Politik* bekannt gemacht.¹³

Nun scheint in Sachsen diese deliberative Politik an ihre Grenzen zu stoßen. Das Konzept beantwortet zwar die Frage, wie eine demokratisch legitime Entscheidung zustande kommen soll, nämlich durch einen Diskurs aller mit allen und den „zwanglosen Zwang des besseren, weil einleuchtenderen Arguments“ (Habermas). Doch dieser ideale Diskurs, an dem alle gleichermaßen und mit gleichen Chancen teilnehmen sollen, wird so

8 Matthias Donath/André Thieme: *Sächsische Mythen*, Leipzig 2011.

9 Danny Michelsen/Franz Walter: *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation*, Frankfurt 2013, S. 8 ff.

10 Jacob Talmon: *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln 1961.

11 Peter Graf von Kielmansegg: *Legitimität als analytische Kategorie*, in: *Politische Vierteljahrszeitschrift* 12 (1994), S. 367-401.

12 Beispielhaft formuliert in Hannah Arendt: *Über die Revolution*, München 1965.

13 Im Detail dazu Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt (Main) 1992.

- 14 Lenz Jacobsen: CDU Sachsen: Alles, was das Volk ist, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/meissen-cdu-sachsen-rassismus>.
- 15 Lenz Jacobsen: Das Zeitalter der Fakten ist vorbei, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-06/populismus-brexit-donald-trump-afd-fakten>.
- 16 Fritz W. Scharpf: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt (Main)/New York 1999.
- 17 Wolfgang Streeck: Eine Last für Generationen, in: Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/finanzkrise-eine-last-fuer-generationen/3131676.html>.
- 18 Fritz W. Scharpf: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 91/10, Köln 1991.

nie erreicht. Entscheidend ist, wie sehr sich Einzelne am deliberativen Prozess beteiligen oder zumindest vermittelt das Gefühl haben, beteiligt zu sein.

Es gibt Indizien, dass sich Sachsen weniger an diesen Prozessen der politischen Öffentlichkeit beteiligen. Zum Beispiel in Parteien, den klassischen Institutionen dieses Diskurses. Der sächsische Landesverband der CDU hat sich immer durch ein breites, landsmannschaftliches Politikangebot ausgezeichnet.¹⁴ Das beginnt schon beim Namen: die Partei nennt sich hier „Sächsische Union“, legt also weniger Wert auf ihre christdemokratische Programmatik und mehr auf den Anspruch, Union aller zu sein, also zu vereinen.

Das landsmannschaftliche Politikangebot der Sächsischen Union hat sich aber nie auf die Mitgliederzahlen ausgewirkt. Von 10.000 Sachsen sind 27 Parteimitglieder der CDU. Das ist die geringste Quote aller ostdeutschen CDU-Landesverbände. Alle anderen kommen auf Werte deutlich über 30. Die CDU in Thüringen, die seit der Wende als einzige zumindest annähernd ähnlich hohe Wahlergebnisse wie die sächsische CDU erzielt hat, kommt sogar auf einen Wert von 48,8 Parteimitgliedern unter 10.000 Bürgern. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Sächsische Union trotz ihrer Wahlerfolge vergleichsweise schwach darin ist, Bürger institutionell in den politischen Diskurs einzubinden. Das schwächt die demokratische Legitimität.

Außerdem verändert die politische Öffentlichkeit selbst ihre Struktur. Sie hat so zunehmend Probleme, ein funktionierendes Gespräch aller mit allen und so Legitimation demokratischer Herrschaft zu ermöglichen. Das liegt vor allem daran, dass Rationalität und Fakten als gemeinsame Grundlage aller Diskussionsteilnehmer an Bindungskraft verlieren. Gefühlte Wahrheiten gewinnen an Bedeutung, Lügen und unwahre Aussagen bleiben unsanktioniert, das Internet lässt die gemeinsame politische Öffentlichkeit in Teilöffentlichkeiten und sich selbst bestätigende Echoräume zerfallen. Ein allgemeines „Wir“, dem sich alle zugehörig fühlen könnten, gibt es nicht oder nicht mehr. Wissenschaftliche Institutionen, die über unstrittige Fakten eine gemeinsame Gesprächsgrundlage hergestellt haben, sind ebenso diskreditiert und verlieren an formatierender Macht, wie professionelle Medien, die das Gespräch ordnen und Widersprüche und Zusammenhänge aufdecken könnten.¹⁵

Gerade in Sachsen ist das Misstrauen in Journalisten und andere vermeintliche Eliten

nachweislich groß. Diese ist begründet, wenn sie sich gegen handwerkliche Schwächen oder eine eher urteilende als aufklärende Berichterstattung wendet. Das Misstrauen erfüllt aber auch eine egoistische Funktion: Unliebsame Fakten und Argumente können als ungültig aussortiert werden, wenn sie von „den Medien“ kommen. So dient das Misstrauen dazu, das eigene Weltbild widerspruchsfrei und die eigenen Forderungen ungedämpft zu halten von Einwänden und Abwägungen.

Handeln können

Es herrscht in Sachsen eine Ungeduld gegenüber dem, was anderswo gerne „Debatte“ genannt wird, hier aber schnell nur als Gerede gilt. Dass Politik nicht mehr „liefert“, sondern sich in Gerede und Irrelevantem verfängt, ist eine weit verbreitete Einstellung.

Das hat mit der Dominanz der technisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz über die Geisteswissenschaften zu tun. Sie hat den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens gerade nach der Wende begründet. Ingenieure stehen für einen Dualismus aus wahr oder falsch, aus Nullen und Einsen, der mit dem Sowohl-als-auch und dem Pluralismus der Sichtweisen und Wahrheiten, wie ihn die Geisteswissenschaften pflegen, wenig anfangen kann. Ein Umfeld, indem die Forderung an Politik, Dinge endlich geregelt zu kriegen, selbstverständlich wird.

Man kann darin ein Defizit dessen erkennen, was Fritz Scharpf „Output-Legitimität“ nennt.¹⁶ Gemeint ist damit, dass politische Entscheidungen dann legitim sind, „wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördern“.

Aber geht es Sachsen nicht gut? Führen sie nicht in den Pisa-Tests das Land an und in der wirtschaftlichen Entwicklung zumindest den Osten? Man muss Output-Legitimität weiter fassen, um das Problem zu verstehen. Es geht nicht um die persönlichen materiellen Umstände. Es geht darum, ob man der Politik Steuerung und Regierung generell noch zutraut.

Wolfgang Streeck¹⁷, Scharpf¹⁸ und andere diagnostizieren seit Jahren eine Krise oder gar ein „Ende der Handlungsfähigkeit des Staates“. Das Geflecht ökonomischer Interdependenzen reicht längst weit über den Bereich hinaus, den demokratisch legitimierte, nationale Repräsentanten politisch steuern können und sollen. Wirtschaftliches Handeln

endet nicht an Grenzen, demokratisch legitimierte Politik schon. Das dramatischste Beispiel dafür bleiben die multiplen Krisen, die 2008 auf dem US-Immobilienmarkt ausgelöst wurden und auf die Politik zum Teil nur noch durch Schadensbegrenzung reagieren konnte und zum anderen Teil handlungsunfähig blieb, weil sie sich nicht auf internationale Regelungen einigen konnte. So entsteht bei Bürgern der Eindruck, Spielball und Opfer von Dynamiken und Entwicklungen zu sein, deren Souverän sie eben nicht mehr selbst sind.

Anders, aber doch ähnlich verhält es sich jetzt bei der so genannten Flüchtlingskrise. Hier überwinden Menschen nationale Grenzen, ohne eingeladen worden zu sein, und stellen damit die (immer schon prekäre) Hoheit des Staates darüber infrage, wer sich auf ihrem Territorium aufhält. Man kann nun einwenden, dass es sowohl eine abstrakte (aus einem humanitären Universalismus erwachsende), als auch eine konkrete Mitverantwortung (aus wirtschaftlicher und politischer Verflechtung) europäischer Staaten gibt für das Schicksal von Flüchtlingen, seien sie bedroht oder nur auf der Suche nach besseren Lebenschancen. Mit Bezug auf unsere Frage nach der Legitimität demokratischer Herrschaft in Sachsen ist etwas anderes entscheidend: der Eindruck des Kontrollverlustes durch die deutsche Politik, als Tausende unregistriert über die Grenze kamen. Dadurch verlor in den Augen vieler die eigene Regierung eher an Legitimation, als sie durch die humanitäre Geste der Aufnahme gewann. Es ist die zentrale Erfahrung jener, die der Meinung sind, dass die deutsche Regierung sich nicht mehr genug um das „eigene Volk“ kümmere, also um die Interessen der deutschen Bevölkerung.

So erfährt Sachsen gleich eine dreifache Krise demokratischer Legitimation. Erstens werden die vorphysischen Quellen kollektiver Identität geschwächt und können nicht gleichwertig ersetzt werden. Zweitens ist der öffentliche, politische Diskurs hier nur eine schwache Legitimationsquelle, was teilweise an sächsischer Diskursaversion liegt und teilweise daran, dass sich die Struktur der Öffentlichkeit zu Ungunsten einer funktionierenden demokratischen Deliberation ändert. Drittens erfahren die Bürger den zunehmenden Kontrollverlust vermittelt als Krise auch der eigenen politischen Souveränität.

So wird „Wir sind das Volk“ zur Rückfalloption eines politischen Subjekts, dem andere Möglichkeiten der Souveränitätserfahrung abhandengekommen oder fremd geblieben sind. Die essentialistische Politikvorstellung wird wieder wirkmächtig in Sachsen, und damit auch Rosanvalls „Gründungs fiktion“ der Demokratie, dass deren Mehrheitsentscheidungen und ein einstimmiger allgemeiner Volkswille das gleiche sein können und also auch müssen.

Damit soll Sachsen weder als rückständig stigmatisiert werden, noch geht es darum, die sächsische Selbststilisierung zur demokratischen Avantgarde zu übernehmen. Es kann nicht um „hinten“ oder „vorne“ gehen, weil Geschichte nicht linear verläuft und auch nicht prognostizierbar ist. Erst im Nachhinein wird aus der Summe der Geschehnisse eine geschichtliche Erzählung, die Unebenheiten begründet und die „optische Täuschung eines umweglosen Fortschritts“¹⁹ erzeugt. Es ist noch unmöglich zu wissen, ob der „sächsische Zustand“ einst als demokratischer Ermächtigungsmoment, als regressive Episode oder als Moment einer Schubumkehr gelten wird.

19 Patrick Bahners: Eine Geschichte vom Brexit, in: Merkur 808, Stuttgart 2016.

Dieser Beitrag ist während eines Gastaufenthaltes als „Journalist in Residence“ am Wissenschaftszentrum Berlin entstanden.